

15. I. 1918

192

* (Rundgebung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zur Friedensfrage.) In fünf Versammlungen der Wiener Arbeiter, die am Sonntag stattfanden, wurde folgender Beschluß gefaßt: Die Arbeiterschaft protestiert dagegen, daß die Regierung die Völker Oesterreichs jedes Einflusses auf die Friedensverhandlungen beraubt, indem sie die Tagung des Abgeordnetenhauses und der Delegationen immer weiter hinausschiebt und in der Presse jede Kritik der auswärtigen Politik Deutschlands und Oesterreichs unterdrückt. Die Arbeiterschaft fordert, daß die Regierung die Verhandlungen in Brest-Litowsk in verhältnißmäßigem und freundschaftlichem Geiste führe ein-

gehend der Tatsache, daß diese Verhandlungen eine feste und andauernde Freundschaft mit unserm größten Nachbarvolk begründen sollen. Die Arbeiterschaft fordert, daß die Regierung alle Bestrebungen nach offenen und verhüllten Annexionen zurückweise; daß sie die Forderung, das Selbstbestimmungsrecht der Grenzvölker Rußlands zu verjähren, ebenso ablehne wie den Wunsch, einzelne Teile der russischen Grenzländer gegen den Willen ihrer Bewohner zu annektieren. Wir fordern, daß es die Mittelmächte den Völkern Polens, Litauens und Kurlands selbst überlassen, durch Volksabstimmung bei allgemeinem und gleichem Stimmrecht in voller Freiheit über ihre staatliche Zugehörigkeit zu entscheiden und daß volle Bürgerschaften getroffen werden, daß diese Volksabstimmung durch keinerlei behördliche oder militärische Eingriffe beeinflusst werde. Die Arbeiterschaft fordert mit leidenschaftlichster Entschiedenheit den allgemeinen Frieden. Sie begrüßt die Anstrengungen der Arbeiter aller Völker, dem Krieg ein Ende zu setzen. Sie betrachtet die Rede Lloyd Georges und insbesondere das Friedensprogramm Wilsons als Anzeichen, daß auch die feindlichen Regierungen unter dem Druck der Arbeiterschaft ihre imperialistischen Kriegsziele bereits einzusehen und aufzugeben beginnen. Sie protestiert gegen die planmäßige, wie auf Kommando erfolgte Mißdeutung dieser Rundgebungen durch die gesamte bürgerliche Presse und fordert die Regierungen der Mittelmächte auf, diese Rundgebungen zum Anlaß zu nehmen, allen feindlichen Regierungen einen demokratischen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen anzubieten.